

Die Klimakonferenz COP 21 der Vereinten Nationen hat mit dem Paris-Abkommen einen wesentlichen Fortschritt im Sinne eines konstruktiven zwischenstaatlichen Klimaabkommens erzielt. Für die Zukunft schreibt das Abkommen einen Umgang mit dem Klimawandel vor, der sich zunehmend in einem umfassendes Risikomanagement verorten lässt. Im Zuge dessen wurde anerkannt, dass auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ebenso wie die Emissionsminderung im Fokus der zukünftigen Aktivitäten stehen muss.

Als wichtige Ergebnisse sind insbesondere hervorzuheben, dass das Abkommen i) die Erwartungen für eine langfristig angelegte klimapolitische Zielsetzung – in Gestalt des 2-Grad-Ziels – stabilisiert, ii) finanzielle Klimahilfen durch den „Green Climate Fund“ von mindestens 100 Milliarden US-Dollar ab 2020 pro Jahr und ihre Erhöhung ab 2025 zusagt, iii) alle Staaten verpflichtet, zukünftig regelmäßig über ihre Klimaschutzpläne und die zu erwartende Zielerreichung Auskunft zu geben, iv) für die globale Erfassung der Klimaschutzmaßnahmen und der Umsetzung von Ankündigungen neue Instrumente und Institutionen schafft und v) die Bedeutung klimawandelbedingter Verluste und Schäden ausdrücklich anerkennt.

Wie sind die weiteren Verhandlungsergebnisse zu bewerten? Es ist zu begrüßen, dass die Diskrepanz zwischen proklamiertem Temperaturziel und tatsächlich angekündigten Emissionsminderungen verringert wurde und zugleich explizit auf eine verbleibende Diskrepanz hingewiesen wird. Deren Reduktion soll in der Zukunft nachverhandelt werden. Im Hinblick auf Verbindlichkeit wurden mit dem Paris-Abkommen jedoch keine substanziellen Fortschritte erzielt. Hier heißt es lediglich, dass der maximale Ausstoß schnellstmöglich erreicht werden soll, wobei Entwicklungsländer zwar auch in der Pflicht stehen, aber deutlich mehr Zeit haben. Zudem räumt das Abkommen ausdrücklich die Möglichkeit ein, dass zur Erreichung einer Netto-Treibhausgasneutralität – also eines Gleichgewichts zwischen Treibhausgasquellen und -senken – zur Mitte dieses Jahrhunderts auch unzureichend untersuchte und damit umstrittene Technologien wie die unterirdische Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS) zulässig sind. Deutlich umfassendere Klimaschutzziele wie die in einer Entwurfsfassung des Abkommens bereits diskutierte Dekarbonisierung – also ein vollständiger Abschied von Kohle, Öl und Gas – wurden verhindert. Doch letztlich sind dies Ergebnisse von Kompromissen, die Teil der Logik eines derart komplexen Verhandlungsprozesses sind.

Die Formulierung, dass Anstrengungen nötig sind, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, war eine Grundvoraussetzung, welche die pazifischen Inselstaaten gefordert hatten, um dem Abkommen zustimmen zu können. Jedoch ist diese Vereinbarung zu Recht deutlich weicher formuliert als das 2-Grad-Ziel, denn eine Begrenzung der Erderwärmung auf weniger als 1,5 Grad erscheint politisch unrealistisch. Die bisherigen Anstrengungen der Staatengemeinschaft für den globalen Klimaschutz waren hierfür schlichtweg zu schwach. Somit ist diese Forderung eher als Grundlage dafür zu verstehen, dass die betroffenen Staaten einen entsprechenden Anspruch auf umfassende finanzielle Unterstützung zugesichert bekommen, um mit den für sie wohl nicht mehr zu verhindernden Folgen des Klimawandels umzugehen.

Das Paris-Abkommen ist zwar spektakulär, aber ihm müssen Taten folgen. Die Nationalstaaten sind nun gefordert, das Abkommen durch freiwillige Selbstverpflichtungen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die so genannten Intended National Determined Contributions (INDC), so umzusetzen, dass die vereinbarten Ziele, insbesondere die 2-Grad-Obergrenze, eingehalten werden.

Und auch die Wissenschaft wird weiterhin gefordert sein. Das Paris-Abkommen macht durch eine Vielzahl von Verweisen deutlich, welche wichtige Rolle sowohl der Grundlagenforschung, als auch den Berichten des Weltklimarats IPCC bereits zugekommen ist und weiter zukommen wird. So wird beispielsweise sowohl schon bis zum Jahr 2018 ein IPCC-Sonderbericht zu den Auswirkungen einer Erwärmung von 1,5 Grad gefordert, als auch unzweifelhaft deutlich gemacht, dass zukünftige Entscheidungen auf dem besten verfügbaren und seriös aufbereiteten Stand des Wissens zum Klimawandel basieren müssen.